

Friedensregion Bodensee e.V.

Newsletter Nr. 6

Juni 2020

Weiterleitung erwünscht!!!



Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache: Zum Newsletter Nr. 6	2
Die Friedensregion Bodensee e.V. feiert ihr 1-jähriges Bestehen	3
Aktuelles: Wie die Politik trotz Corona weiter aufrüstet	4
Aktuelles: Frieden braucht Geld	5
Aktuelles: Was eine Friedenssteuer bedeutet	7
Aktuelles: Machenschaften von Sig Sauer aufgedeckt	8
Aus dem Verein: Sicherheit neu denken - Säule 2	9
Aus dem Verein: Sophia Topp (Kassiererin) stellt sich vor	10
Aus der Nachbarschaft: Die Lindauer Friedensräume stellen sich vor	11
Buchvorstellung: Unsere Welt neu denken von Maja Göpel	12
Flaggentag der Mayors for Peace	13
Links	14
Impressum	15

In eigener Sache: Zum Newsletter Nr. 6

Liebe Leserinnen und Leser des FRB-Newsletters!

Der Lufthansa wird mit Milliarden aus dem Steuersäckel geholfen, um die Folgen der Pandemie für diesen wichtigen deutschen Luftfahrtkonzern erträglich zu gestalten. Was der Politik als vernünftig erscheint, zeugt jedoch von einem gravierenden Problem, das sich hinter allen aktuellen Rettungsmaßnahmen und Unterstützungszahlungen verbirgt: nämlich eine „Janusköpfigkeit“ unseres Geldes. Denn **Geld** ist entweder **als Bargeld im Wirtschaftskreislauf** vorhanden oder wird **als sogenanntes Buchgeld gespeichert und verwaltet**, wobei wir in der Regel zwischen diesen beiden grundsätzlichen Zahlungs- und Wertmitteln gar nicht unterscheiden. Doch natürlich sind **beide Bereiche** auch untrennbar miteinander verflochten und **beeinflussen sich wechselseitig**. Wie genau das geschieht, was wir alle noch lernen können und was dabei zu beachten ist, wird in einem der nächsten Newsletter weiter erläutert.

Schon mit dieser Juni-Ausgabe widmen wir uns dem großen Thema „GELD“ in seinen unterschiedlichen Zusammenhängen. So werden gerade in der Politik **trotz Corona** für den **Erwerb von Rüstungsgütern** weiter **horrende Summen** genehmigt. Über die dazu notwendigen Beschlüsse stimmt der Bundestag natürlich trotz der Virus-Krise ab, ohne dass die Öffentlichkeit Kenntnis davon hat, weil die Medien momentan eher einseitig beschäftigt sind. Wir nehmen uns dieses eklatanten Informationsdefizits an und berichten über Rüstungs-und-Finanz-Beschlüsse. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass insbesondere **der Frieden** ebenfalls **Geld benötigt** und ansonsten nicht zu erreichen ist. Lesen Sie dazu den entsprechenden Artikel.

Als **Friedensregion Bodensee** wollen wir **gesellschaftliche Veränderungen anstoßen** und das Bewusstsein dafür bereiten, dass Entwicklung und Produktion von Waffen samt dazugehörigen Komponenten hier bei uns vor der Haustür auch für unsere Kinder und Enkel nachteilig sein werden. Warum es mit der derzeitigen **neoliberalen Ausgestaltung** unseres Wirtschaftssystems **keinen gesellschaftlichen Fortschritt** geben kann, erläutert Maja Göpel in ihrem neuen Buch „**Unsere Welt neu denken**“. Die gefragte Rednerin ist Mitglied des Club of Rome, berät die Bundesregierung und arbeitet als **Nachhaltigkeits-Wissenschaftlerin** an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

Im Namen des Redaktionsteams (Lilo Rademacher/ Christian Harms/ Frieder Fahrbach und ich) wünsche ich Ihnen neue Einsichten beim Lesen und Stöbern in unserem Juni-Newsletter. Falls Sie Ideen und Themen für die kommenden Ausgaben haben, wenden Sie sich gerne an mich: friedensregion-bodensee@posteo.de oder telefonisch 07543/547343.

Es grüßt Sie herzlich,

Ihre Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese

Friedensregion Bodensee e.V. feiert 1-jähriges Bestehen

Als der Verein am 13. Juni 2019 in Überlingen gegründet wurde, sah die Welt noch anders aus: zahl-reiche kleinere und größere Veranstaltungen wie die Teilnahme an der Weltkonferenz der Religionen in Lindau, die Aktionsausstellung „Goldene Nasen der Rüstungsindustrie“ in Überlingen und Lindau, regelmäßige Arbeitstreffen, Teilnahme an Tagungen und vieles mehr haben den Verein in der Bodenseeregion bekannter gemacht. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ist insbesondere durch den Internationalen Bodensee-Friedensweg



weiter gewachsen, auch in der Schweiz und Vorarlberg. Im Januar dieses Jahres haben wir unseren ersten Newsletter herausgegeben. Ein großer Dank sei Allen ausgesprochen, die durch ihre Aktivität oder andere Unterstützung etwas dazu beigetragen haben.

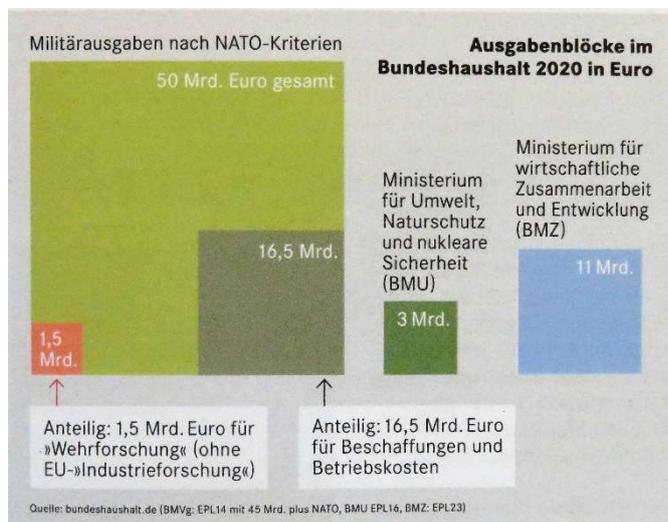
Corona hat auch uns dann jäh gebremst: der Ostermarsch musste kurzfristig abgesagt werden, unsere Arbeitssitzungen konnten nicht stattfinden, der Verein hat dafür Videokonferenzen eingeführt und die Möglichkeiten des Newsletters ausgebaut. Die Fragen und Probleme, die uns beschäftigen, sind allerdings nicht stillgestanden. Die Aufrüstung mit neuen atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen für neuartige ‚smarte Atombomben‘ geht mit Milliardenaufwand unverändert weiter. Die gigantischen Subventionen für die Wirtschaft lassen jetzt weniger Spielraum für Klimaschutz und Friedensarbeit, für Gesundheitsvorsorge und Bildung. Werden Politik und Wirtschaft versuchen, den Wachstumsmotor wie bisher gewohnt am Laufen zu halten – oder gibt es Einsichten, dass es so ohne schwerwiegende Folgen für unsere Kinder und Enkel und die gesamte Menschheit nicht weitergehen kann? Ist ein „system change“ von oben zu erwarten? Das ist sehr unwahrscheinlich!

Als Verein haben wir erkannt, dass Friedenssicherung ohne Klimaschutz nicht möglich ist. Eine enge Verbindung mit der Klimabewegung ist wichtiger denn je – das ist die existentiellere Krise. Auch wenn wir es hierzulande noch nicht so deutlich erleben - wir sind bereits mitten drin. Wir werden einerseits den Protest gegen zunehmende Militarisierung in Deutschland und der EU mit ganzer Kraft fortsetzen – und die Friedensbewegung in der Rüstungsregion am Bodensee ist dafür dringend nötig. Genauso wichtig ist indes, weiter an zivilen und gewaltfreien Alternativen zu arbeiten und zum Beispiel als Schwerpunkt das Konzept „Sicherheit neu denken“ zu verbreiten.

Die Veränderung muss allerdings wohl von unten kommen: wir können nicht darauf vertrauen, dass Politik und Wirtschaft die globalen Probleme lösen. Vielleicht hilft, dass viele Menschen während des Lockdowns neben ihren existentiellen Sorgen auch elementare Lebensqualitäten erlebt haben: Ruhe, Stille, weniger Ablenkung und Konsum, Entschleunigung, Rücksicht, Hilfsbereitschaft, Gemeinsinn – wie gelingt es uns, das zu bewahren? Diese (zwischen)menschlichen Erfahrungen werden wir mit unserer Arbeit verstärken: eine **Kultur des Friedens** fängt in der Gesellschaft und in jedem selbst an. Mehr Mitmenschlichkeit und weniger Getriebenheit durch ein „Weniger ist oft mehr“! Arbeiten Sie mit – gemeinsam sind wir stark!

Aktuelles: Wie die Politik trotz Corona weiter aufrüstet

(von Martina Knappert-Hiese)



Erst vergangene Woche hat Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) bezüglich der Nachfolge für die als veraltet geltende »Tornado«-Kampffjetflotte Nägel mit Köpfen gemacht. Im Verteidigungsausschuss im Bundestag warb sie für ihren anvisierten milliardenschweren Plan, in den kommenden Jahren bis zu 93 »Eurofighter« sowie 45 »F-18«-Kampfflugzeuge des US-Herstellers Boeing anzuschaffen. Die Truppe braucht Investitionen für eine optimale

Ausstattung. Dafür muss sie weiterhin nötige Modernisierungen durchführen und auch die Digitalisierung voranbringen. Dabei verhindern Rüstungsausgaben die so notwendige sozial-ökologische Wende, wie auch die Grafik zeigt!

Mit dem Verteidigungshaushalt 2020 verzeichnen nahezu alle Ausgabenbereiche ein zum Teil deutliches Plus gegenüber dem Vorjahres-Soll. Wesentlich für den erneuten Anstieg des Budgets ist die Stärkung der rüstungsinvestiven Ausgaben um rund 771 Millionen Euro, der Personal- und Versorgungsausgaben in Höhe von rund 498 Millionen Euro, der Materialerhaltung um rund 112 Millionen Euro sowie der Betreiberverträge um rund 424 Millionen Euro. Die Eckwerte sehen bis 2024 eine Steigerung des Verteidigungshaushalts um insgesamt rund 6,4 Milliarden Euro vor.

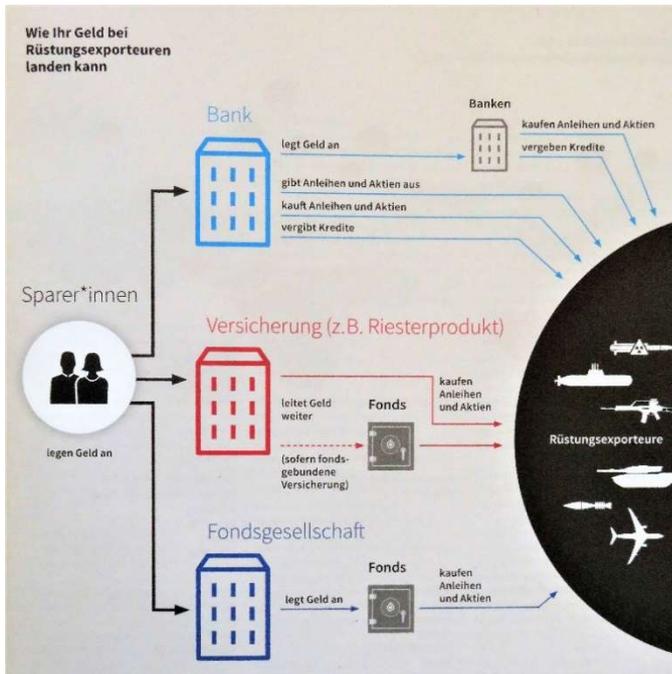


Jährlich sind es circa 1,6 Milliarden Euro mehr als im aktuellen Finanzplan. Im kommenden Haushalt 2021 sollen die Verteidigungsausgaben damit bei rund 45,6 Milliarden Euro liegen. Dabei hat der Verteidigungshaushalt lt. BMVg in diesem Jahr bereits einen Umfang von 45,2 Mrd. Euro. Nun gilt es also, auf dieser Grundlage den Haushaltsplan gemeinsam mit dem Bundesministerium der Finanzen detailliert auszuplanen, bevor der Regierungsentwurf des Haushalts 2021 in der zweiten Jahreshälfte im Parlament beraten werden kann.

Während Außenminister Heiko Maas die Zusage an die NATO erneuert hat, mittelfristig die Militärausgaben auf 2% des Bruttoinlandprodukts (derzeit ca. 70 Milliarden EUR) zu steigern, genehmigte die Bundesregierung in den ersten drei Monaten dieses Jahres Rüstungsexporte fatalerweise auch an Länder, die am Jemenkrieg beteiligt sind. Dort werden immer wieder Schulen und auch Krankenhäuser gezielt zerstört, humanitäre Hilfe militärisch blockiert. Der Verteidigungshaushalt belief sich im Jahr 2019 auf 43,2 Mrd EUR, der Gesundheitsetat auf 15

Milliarden. Diese Prioritätensetzung für Rüstungsproduktion, Waffenexporte und Militarisierung ist ein Beschleuniger für die globale Vielfachkrise.

Die Pandemie drängt zu Überlegungen, wie sich die Produktion von militärischen Gütern, die Zerstörung und Leid verursachen, in eine Produktion von zivilen Gütern umwandeln lässt, die den Menschen und dem Wohlergehen der Bevölkerungen dienen. Die Bundesregierung hat im ersten Quartal dieses Jahres mehr Ausfuhren von Rüstungsexporten genehmigt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Wert der genehmigten Ausfuhren von Januar bis März summiert sich auf 1,16 Milliarden Euro. Diese Summe liegt um 45,3 Millionen Euro über dem



Wert des ersten Quartals 2019. Stark gestiegen ist das Volumen der besonders heiklen Exporte an sogenannte Drittstaaten, die nicht der EU oder der NATO angehören oder diesen Ländern gleichgestellt sind wie etwa Australien. Dieser Wert betrug im abgelaufenen Quartal 615 Millionen Euro. Im Vorjahreszeitraum hatte er nur bei 390 Millionen Euro gelegen. Der entsprechende Anteil kletterte von 35 Prozent auf 53 Prozent. Wir sollten uns klar machen, wie die Wege aussehen, auf denen unser Geld in der Rüstungsindustrie landet und deren Profite mitbedingt. Die Grafik vermittelt diese Mechanismen des Finanzsystems.

Zudem müssen wir leider auch unsere Hoffnungen auf das Moratorium des Großmanövers Defender an der östlichen EU-Außengrenze begraben! Denn es soll im Juni wenigstens in Teilen trotz Corona weiter ausgeführt werden.

https://www.heise.de/tp/features/Defender-Europe-2020-Plus-4721295.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.taeglich

Der Text wurde zusammengestellt unter Verwendung folgender Quellen:

<https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt>

<https://www.dw.com/de/bundesregierung-genehmigt-mehr-waffenexporte/a-53074136>

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>

Aktuelles: Frieden braucht Geld

(von Frieder Fahrbach)

Im Jahr 2019 wurden weltweit **1,8 Billionen Euro (1 800 000 000 000 €)** für **Militär und Rüstung** aufgewendet. Eine unvorstellbare und aberwitzige Summe, die für Abschreckung und Zerstörung, für Gewaltanwendung gegen Menschen, Material und Natur eingesetzt wird. In Deutschland steigt der Anteil auf bis zu 2% vom BIP im Jahr 2024, das sind ca. 75 Milliarden Euro/Jahr. 2020 sind das 12,4% des Jahreshaushaltes – demgegenüber stehen 3,3 % für Familie, Senioren, Frauen, Jugend oder 3% für Entwicklungs-hilfe. Erinnern wir die Regierung an den

Koalitionsvertrag von 2018, wonach die Entwicklung der Haushalte für Verteidigung, zivile Krisenprävention und Entwicklungshilfe aneinandergeschnürt wurden. Das ist eine Bankrott-Erklärung und ein Desaster angesichts der bestehenden Not und Armut eines Teils der Erdbevölkerung und angesichts einer Klimakatastrophe, die bereits jetzt existenziell bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Die Industrieländer ignorieren diese Zusammenhänge seit 50 Jahren, die Rüstungsindustrie verzeichnet steigende Absätze. Wie ist das möglich? Die Politik passt sich der Wirtschaft an, lenkt mit Konferenzen ohne Konsequenzen und mit Technikgläubigkeit ab. Die Bevölkerung vertreibt mit Konsum und Events die furchtbaren Bilder und Berichte, die jeden Abend über die Bildschirme flimmern. Geld regiert die Welt! Und **vor** uns die Sintflut...?

Geld wäre also genug vorhanden

Würde von den oben genannten 1,8 Billionen € auch nur ein geringer Teil in Frieden, Gerechtigkeit und Klimaschutz investiert – die Ursachen für Armut, Kriege und Flucht und für den Klimawandel könnten elementar verringert werden. Doch Geld allein ist nicht alles: es braucht die Menschen, die die ungleiche Verteilung der Chancen auf eine menschenwürdige Lebensweise zur eigenen Sache machen. Es braucht eine globale Solidarität mit Gemeinsinn, und der Überzeugung: „Wir sitzen alle in einem Boot!“

Könnte ein Resultat aus der Corona-Pandemie sein, dass wir uns alle mehr für's Ganze verantwortlich fühlen – und zwar *freiwillig*? Dass wir nicht auf Regelungen oder Gesetze „von oben“ warten, sondern aus eigenem Antrieb dafür sorgen, dass das Grundgesetz, die Allgemeinen Menschenrechte, die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele und vieles mehr umgesetzt und konsequent eingehalten werden? Damit könnte die bevorstehende Klimakatastrophe zumindest abgemildert werden. Geld regiert bekanntlich die Welt. Verpflichtet der große Reichtum der Industrieländer (10% der Weltbevölkerung besitzt 80% des Weltvermögens) uns nicht sogar dazu laut Grundgesetz dazu (GG Artikel 14(2) *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen*)? Bestehen neben den Menschenrechten nicht auch

„Menschenpflichten“? wäre ein freiwilliger Beitrag unseres Wohlstands wirklich ein Verlust für uns, damit weniger Menschen Not leiden? Überlassen wir nicht alles der Politik!

Eine Gesellschaft der Verantwortung und des Teilhabens schaffen

Wie sähe eine Gesellschaft aus, die mindestens so viel in Frieden investiert wie in die Wohlstandssicherung? Würden wir nicht gesünder leben, wenn wir unseren Überfluss teilen? Angenommen es gäbe ein Friedensministerium und eine Friedenssteuer? Und angenommen es gäbe so viele MitarbeiterInnen des zivilen Friedensdienstes wie Soldaten und Soldatinnen? Angenommen in den Entwicklungsdienst würde ebenso viel investiert wie in militärische Auslandseinsätze? Und angenommen die Milliarden, die für völkerrechtswidrige! Atomwaffen ausgegeben werden, würden in die UN-Nachhaltigkeitsziele investiert: durch Gleichstellung von Frau und Mann, Familienunterstützung, Gesundheit, Bildung und Teilhabe sowie durch gesellschaftspolitische Moderation würden viele durch strukturelle Gewalt bedingte Konflikte schon im Entstehen gelöst!

Atomwaffen sind ein Bombengeschäft

Übersicht über die Investitionen seit Januar 2017 der

Deutsche Bank	6 757 000 000 Dollar
Commerzbank	1 322 000 000 Dollar
DZ Bank	1 525 000 000 Dollar
Allianz	936 000 000 Dollar
BayernLB	518 600 000 Dollar
IKB Deutsche Industriebank	163 200 000 Dollar
Landesbank Hessen-Thüringen	148 100 000 Dollar
KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)	115 100 000 Dollar
LBW (Landesbank Baden-Württemberg)	115 100 000 Dollar
Siemens	114 000 000 Dollar
Munich Re	43 000 000 Dollar
Weltweit	über 550 000 000 000 Dollar

Quelle: www.sppne.de, www.dontbankonthebomb.com, www.icanw.de

Gehen Sie zu einer Bank, die eine ethisch-ökologische und transparente Geschäftspolitik vertritt wie z.B.

- die GLS-Bank,
- die Ethikbank,
- die Umweltbank,
- die Triodos-Bank u.a.

Bank wechseln – Politik verändert!
Krötenwanderung jetzt!

Wir als BürgerInnen der Wohlstandsländer sind aufgerufen, den „Systemwandel“ aus eigener Mitmenschlichkeit, Einsicht und Kraft einzuleiten, in dem wir „proaktiv“ handeln, bevor wir erst durch gesetzliche Maßnahmen oder per Desaster dazu gezwungen werden! Stellen Sie sich vor, die Friedens- und Klimabewegung wären genauso professionell ausgestattet wie Militär und Wirtschaft – wie viel stärker und wirksamer könnten wir uns für eine menschliche Welt einsetzen.

Kurzum: Frieden braucht beherztes Engagement und Geld!

Welche Möglichkeiten gibt es, dafür konkret etwas zu tun?

- Sie geben einen -festen- Teil Ihres Geldes für Frieden statt für Konsumgüter aus.
- Sie wechseln zu einer Bank, die sich an ethische Richtlinien hält. Sie entscheiden sich bei jedem einzelnen Einkauf **für** Klimaschutz
- Sie übernehmen eine Patenschaft, damit wir ein Friedensbüro in der Bodensee-Region eröffnen können.

Geben Sie dem Begriff „Geld regiert die Welt“ eine neue Bedeutung!

Hier eine Auswahl ethisch orientierter Finanzinstitute und –organisationen:

- > GLS Bank, Bochum, <https://www.gls.de/>
- > Umweltbank, Nürnberg, www.umweltbank.de
- > Triodos Bank <https://www.triodos.de/>
- > Ethikbank <https://www.ethikbank.de/>
- > Oikokredit <https://www.oikokredit.de/>
- > Urgewalt e.V., 48336 Sassenberg, www.urgewald.de
- > Greenpeace Stiftung, Hamburg, www.greenpeace.de/

Aktuelles: Was eine Friedenssteuer bewirken würde

(von Martina Knappert-Hiese)

Bei der Friedens- oder Zivilsteuer handelt es sich um eine „Kriegssteuerverweigerung“, die es heute jedoch leider noch nicht gibt. Seit 1983 ist diese Initiative in verschiedenen Ländern der Erde aktiv, um den Steuerpflichtigen die Wahlmöglichkeit zu bieten, dass sie darüber



bestimmen können, wofür der Staat die gezahlten direkten und indirekten Steuern ausgibt. Dieser Wunsch nach einer Mitbestimmung über die Steuermittelverwendung kann auf die im Grundgesetz festgelegte Gewissensfreiheit zurückgeführt werden. Außerdem auf das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, Solange, wie es

dieses Zivilsteuerrecht jedoch noch nicht gibt, trägt jede*r Steuerzahler*in fatalerweise auch zu den massiven Umweltzerstörungen bei, die z.B. bei Manövern angerichtet werden. Allein schon durch den täglichen Betrieb des Heeres und der Luftwaffen verursacht die Bundeswehr eklatante irreversible Schäden. Die Truppenstationierung hinterlässt z.B. Schadstoffe und vernichtet Landflächen. Ein Moorbrand nahe der niedersächsischen Stadt Meppen stieß 2018 klimaschädliche Gase aus und verursachte eine starke Luftverschmutzung.

Der gemeinnützige Verein Netzwerk-Friedenssteuer versucht auf juristischem Wege, der Bundeswehr das Geld abzufordern und auf die gesamtgesellschaftliche Problematik steigender Militärausgaben aufmerksam zu machen. Es wurde bereits Verfassungsbeschwerde eingereicht, wie auch ein Konzept für die Einführung der Zivilsteuer erarbeitet. Außerdem erhielt die Initiative 1993 den Aachener Friedenspreis und versucht, ihr Anliegen mit einer eigenen Briefmarke bekannter zu machen. 1994 wurde die international tätige Organisation „Conscience and Peace Tax International! (CPTI) mit Sitz in Brüssel gegründet, weil natürlich auch in vielen anderen Ländern Gesetze verabschiedet werden müssen, die den Steuerzahlenden das Recht auf eine Zivilsteuer zubilligen. Im Übrigen hat sich auch Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller kritisch zur Spirale steigender Rüstungsausgaben geäußert und damit sowohl das Netzwerk-Friedenssteuer als auch die Friedensregion-Bodensee unterstützt. Zitat: „Das Militär hat die beste Lobby der Welt. ... Wenn wir ein Viertel des Militärhaushalts weltweit in Kriegsdienstverhinderung, in Friedensprävention, in Krisenbekämpfung investieren würden, dann könnten wir uns Milliarden, Milliarden im Rüstungsbereich sparen. Diese Rüstungsspirale nach oben ist wahnsinnig.“



Weitere Infos finden Sie unter folgenden Links:

<https://netzwerk-friedenssteuer.de/index.php/wir-ueber-uns>

<https://netzwerk-friedenssteuer.de/index.php/aktiv-werden>

https://de.wikipedia.org/wiki/Netzwerk_Friedenssteuer

Aktuelles: Machenschaften von Sig Sauer aufgedeckt

(Bericht der „Aktion Aufschrei“ über Werksschließung u. a. fragwürdige Geschäftspraktiken)

Medienberichten zufolge wird Sig Sauer seine Waffenfabrik in Eckernförde zum Jahresende schließen. Als Gründe seien von dem Unternehmen Standortnachteile in Deutschland, die Benachteiligung der Firma bei der Vergabe von Behördenaufträgen und die Auswirkungen der Coronakrise genannt worden.

Aufschrei-Sprecher Jürgen Grässlin wertet dies allerdings auch als einen Erfolg der Friedensarbeit und weist in diesem Zusammenhang auf die erfolgreiche Strafanzeige von „Aktion Aufschrei“ gegen Sig Sauer wegen illegaler Waffenexporte nach Kolumbien und auf die neue Rechercheergebnisse des SWR zu möglicherweise illegalen Waffenexporten des Unternehmens nach Mexiko hin. Da Sig Sauer Inc. in den USA aber offenbar weiterhin skrupellos Kleinwaffen exportiert, kündigt Grässlin an: „Wir recherchieren weiter!“

Bereits im April 2019 wurden drei Manager des Rüstungsunternehmens Sig Sauer am Landgericht Kiel wegen illegaler Waffenlieferungen nach Kolumbien zu Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Ein Jahr später liefert die ARD-Doku „Tödliche Exporte: Rüstungsmanager vor Gericht“ Hinweise auf weitere möglicherweise illegale Rüstungsexporte der Waffenschmiede aus Eckernförde. Wie die Recherchen des Filmemachers Daniel Harrich zeigen, soll Sig Sauer neben Kolumbien auch Mexiko ohne Rüstungsexportgenehmigung der Bundesregierung beliefert haben. Videoaufnahmen zeigten Soldaten mit Pistolen von Sig Sauer. Auf manchen Pistolen von mexikanischen Polizisten sei auch "Frame made in Germany"

eingraviert. Diese kamen offensichtlich über das US-amerikanische Schwesterunternehmen von Sig Sauer, Sig Sauer USA, nach Mexiko. Weitere Infos zu diesem Themenkomplex liefern die folgenden Links:

<https://www.aufschrei-waffenhandel.de/daten-fakten/ruestungsfirmen/sig-sauer/deal-der-staatsanwaltschaft-mit-sig-sauer-managern/> (Pressemitteilung von Jürgen Grässlin)

<https://www.aufschrei-waffenhandel.de/presse-video-audio/presseerklaerungen-2019/03042019-aktion-aufschrei-sig-sauer-gewinnabschoepfung-positiv/> (was dem Geschäft bereits 2019 vorausging und durch die „Aktion Aufschrei“ aufgedeckt wurde)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ruestungsexporte-sig-sauer-soll-waffen-illegal-nach-mexiko-verkauft-haben-a-2a41190b-8a71-460d-99c6-f21a70e0b71f> (Artikel des SPIEGEL zum möglicherweise illegalen Waffendeal mit Mexiko)

Fazit: Das Engagement der Aktiven gegen Produktion und illegale Waffengeschäfte seitens der Rüstungsindustrie führt immer wieder zu sichtbaren Erfolgen! Unsere Arbeit ist daher als immens wichtig zu bezeichnen!

Aus dem Verein: Sicherheit neu denken - Säule II

(Fortsetzung des Berichts aus der Mitgliederversammlung von Martina Knappert-Hiese)

Die 2. Säule beschreibt die wünschenswerte nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union und ihrer Nachbarn. Sie basiert auf einer **Selbstverpflichtung**, zu der sich die Bundesregierung bereits seit **2017** bekennt: nämlich mit den sogenannten Leitlinien "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern". Schließlich verringern sich Deutschlands sicherheitspolitische Risiken entscheidend, wenn sich die Menschen in Nachbarschaft der EU gerecht behandelt fühlen. Dazu gehört, dass sie in ihrer Beziehung zu Deutschland und der EU **wirtschaftliche und soziale Perspektiven** für ihr eigenes Leben sehen. Bereits in der deutschen Selbstverpflichtung aus 2017 heißt es nämlich, dass Deutschland anstrebe, seine Maßnahmen zur **Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie zu sozialer Sicherung in fragilen Staaten** auszuweiten.

Ebenfalls 2017 hat das BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – Eckpunkte für einen **Marshallplan mit Afrika** verabschiedet. Daraus soll ein **UN-Entwicklungsplan** entstehen, also eine verbesserte Fortsetzung des Marshallplanes mit Afrika. Deshalb müssen **intensive Dialoge zwischen Vertretern der Afrikanischen Union (AU), der EU, den UN sowie der Arabischen Liga (LAS)** geführt werden. Dadurch werden die AU und die LAS Europas Partner, und zwar nicht nur in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, sondern auch in zentralen Fragen der Gestaltung einer zukünftigen Handels-, Finanz-, Umwelt-, Agrar-, Wirtschafts-, Außen- und zivilen Sicherheitspolitik. Der anzustrebende **UN-Entwicklungsplan** mit Afrika und dem Nahen Osten basiert auf folgenden **drei Säulen**:

- 1.) Wirtschaft, Handel und Beschäftigung
- 2.) Frieden und Sicherheit
- 3.) Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Regeln für die Zusammenarbeit sind u.a.:

Stopp von schädlichen Exporten nach Afrika

Vom Freihandel zum Fairen Handel

Förderung von Maßnahmen, die eine Wertschöpfung vor Ort ermöglichen

Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards

Austrocknung internationaler Steueroasen

Stopp von illegalen Finanzströmen aus Afrika – auch durch Druck auf die internationalen

Finanzmärkte und Banken (Hinweis auf G. Schick und Finanzwende)

Einschränkung von Waffenexporten nach Afrika – insbes. von Kleinwaffen

Folgendes sollte bis 2040 erreicht sein:

Die Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas bilden einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU. Bereits seit 2030 regelt ein gemeinsamer Vertrag die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen versch. Eurasischen Ländern wie Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Usbekistan, Tadschikistan, der Mongolei, der Ukraine und Weißrussland. Anzustreben ist eine Integration – ein Zusammenschluss – der Wirtschaftsräume Russlands, der Eurasischen Wirtschaftsunion und der EU.

Deutschland soll für den Aufbau und die Umsetzung der hier vorgestellten 2. Säule in den südlichen und südöstlichen Anrainerstaaten der EU im Jahr 2024 1Mrd. € finanzieren, im Jahr 2030 bereits 4,5 Mrd. € und ab 2040 dann 12 Mrd. € jährlich. Wenn Länder wie Deutschland sich endlich dazu entschließen würden, ihren Militärhaushalt gegen „Null“ zurückzufahren, ließen sich diese Investitionen problemlos tätigen.

Damit komme ich zum letzten Punkt:

Der Ex-Umweltminister Prof. Klaus Töpfer hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass unter bestimmten Voraussetzungen **gute Klimapolitik** zu einer **dauerhaften Friedenspolitik** werden kann. Europa und seine Ökonomie leiden quasi an einem nahezu unstillbaren Energiehunger, der befriedigt werden will. Es müsste gelingen, die aktuelle Flüchtlingskrise mit einer Energiewende zu verbinden. Dazu sollte das um die Jahrtausendwende gescheiterte Desertec-Projekt neu belebt werden. Mit Desertec 2.0 – also der Gewinnung regenerativer Energie in Nordafrika und im Nahen Osten – könnten einerseits Arbeitsplätze in heutigen Krisenregionen entstehen, andererseits würde der so dringend benötigte Strom nachhaltig produziert.

Zur Voraussetzung einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung gehören natürlich auch der Auf- und Ausbau rechtsstaatlicher Verwaltungsstrukturen. Diesen Punkt habe ich jedoch nicht näher ausgeführt.

Aus dem Verein: Sophia Topp (Kassiererin) stellt sich vor

Seit ich denken kann, beschäftigt mich das Thema Frieden und so war ich von Anfang an begeistert von der Faszination, vom Sog der Kraft des Friedens, gerade oder besonders weil ich ein gebürtiges Bodensee-Kind bin. Deshalb habe ich gerne unseren Verein bei der Gründung unterstützt.

Aufgewachsen bin ich, mit meinen drei älteren Brüdern, in der beschaulichen Region Hegau. Natürlich ging es zuhause auch mal hoch her, aber dennoch fand ich meinen Platz.

Mit 16 war ich zum ersten Mal auf mich alleine gestellt, bei einem Schüleraustausch in Neuseeland. Dass die Polizisten dort nach dem englischen Vorbild keine Schusswaffen bei sich trugen, fiel mir sofort auf und hat mich sehr beeindruckt. Von den neuseeländischen Ur-Ur Einwohnern, den Waitaha, erfuhr ich ebenfalls dort zum ersten Mal. Neuerdings wird mit dem Namen „Waitaha“ auch eine matriarchalisch geprägte polynesisch Friedenskultur („nation of peace“) verbunden, die nach dem – wissenschaftlich nicht anerkannten – Zeugnis heutiger Waitaha-Nachfahren etwa 1000 Jahre vor den historisch überlieferten Māori-Einwanderungen nach Neuseeland gelangte. (Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Waitaha>)



Nach meinem 13-jährigen Besuch einer Freien Waldorfschule, habe ich nach 2-jähriger Weltreise ein Bachelor Studium begonnen und im Jahr 2011 erfolgreich beendet. Seitdem arbeite ich im Bereich Computer-Beratung. Durch diesen Job bin ich sehr stark ausgelastet und zeitweise den halben Monat deutschlandweit unterwegs. Zusätzlich habe ich einen großen Hund, der trainiert werden will. Deshalb würde ich mich freuen, wenn ich ab nächstes Jahr den Verein als einfaches Basis-Mitglied weiter unterstützen kann und meine Aufgabe als Kassiererin an jemand anderen weitergeben könnte.

„friedens räume“ in Lindau – mehr als ein Museum

In Lindau Bad Schachen liegt im wunderschönen Lindenhofpark die Villa Lindenhof, die ein ganz besonderes Museum – die „friedens räume“ beherbergt. Ein Ort, der einlädt, sich mit Friedensthemen sehend, hörend und fühlend auseinanderzusetzen. Die "friedens räume" sind eine interkulturelle und inter-religiöse Begegnungsstätte, die von der inter-nationalen christlichen Friedens-bewegung pax christi unterhalten wird. Die pax christi-Bewegung ist in über 60 Ländern der Welt aktiv für Frieden und Gerechtigkeit.



Die „friedens räume“ vermitteln in der Ausstellung den Wert des Friedens und fordern zum Handeln auf.

Die einzelnen Räume des Museums beschäftigen sich mit verschiedenen Themen. Im „lese raum“ werden Menschen, die Mut machen, vorgestellt. Die sieben Hörstationen im „hör raum“ machen neugierig auf die Themen: Gerechtigkeit, Friede, Grenzen und Erde. Songs, Musikstücke, Reden und Gedanken von jungen Menschen und alten Weisen sind hier zu hören. Im „werk raum“ findet die Besucher*in genau ihr Projekt des Friedens. Im Garten sind immer wieder

Menschen, die Mut machen, vorgestellt. Die sieben Hörstationen im „hör raum“ machen neugierig auf die Themen: Gerechtigkeit, Friede, Grenzen und Erde. Songs, Musikstücke, Reden und Gedanken von jungen Menschen und alten Weisen sind hier zu hören. Im „werk raum“ findet die Besucher*in genau ihr Projekt des Friedens. Im Garten sind immer wieder

Ausstellungen zu sehen. Die Wasserklangschale regt zum Spielen ein. Wem gelingt es, sie zum Klingen zu bringen? Im „entscheidungsraum“ steht die Kunst im Mittelpunkt. In der Installation "Freundbilder und Feindbilder" sind die Gäste aufgefordert, auf den zahlreichen Sitzmöglichkeiten - vom Königsthron bis zum Hocker - Platz zu nehmen. Die österreichische Künstlerin Ruth Gschwendtner-Wölfe hat diese Installation mit dem Gedanken geschaffen, sich mit den eigenen Vorurteilen zu konfrontieren.

Ein anregendes Museum – mit vielen Möglichkeiten ins Gespräch zu kommen. Aber nicht nur das Museum lohnt einen Besuch, das vielfältige Jahresprogramm bietet Vorträge, Konzertlesungen, Schreibseminare und Kunstaktionen. Im September 2019 fand die aktuelle Kunstinstallation „Waffenthron“ als Protestaktion auf der Seepromenade in Lindau statt. Wegen der Corona Krise sind alle Veranstaltungen bis Ende August abgesagt.



Die „friedens räume“ in der Villa Lindenhof, Lindau Bad Schachen, Lindenhofweg 25 sind **ab 9. Juni** dienstags bis samstags von 10 Uhr - 17 Uhr und sonntags von 14 Uhr – 17 Uhr geöffnet. Schaut vorbei! Aktuelle Informationen – siehe www.friedens-raeume.de

Buchvorstellung: Unsere Welt neu denken von Maja Göpel

(von Martina Knappert-Hiese)

Die Autorin hat auf der Bundespressekonferenz im März 2019 die Gruppe von 26.000 WissenschaftlerInnen vorgestellt, die als Scientists for Future auch die Schülerproteste der letzten Monate unterstützen und das Anliegen der kommenden Generationen sicherstellen wollen. Maja Göpels Buch darf daher durchaus als eine brandaktuelle Zusammenfassung unseres Status quo gelesen werden, der uns alle ausnahmslos betrifft!

Der Zustand unseres Planeten ist als Ergebnis einer Entwicklung zu verstehen, die mit der kopernikanischen Wende begann und bis heute andauert. Diese Entwicklung mündet in die pathologischen Lebenswelten unserer Gegenwart und bedingt diese darüber hinaus ursächlich. Daraus können wir schließen, dass wir zur Lösung unserer gegenwärtigen Probleme unbedingt neuer Denkmuster bedürfen. Neue Konzepte sollen gegenwartstauglich sein, anstatt rückwärtsgewandte Lösungen zu generieren, die im Grunde genommen eher unserer Vergangenheit entsprechen. Den Untertitel ihres Buches, eine Einladung, versteht Göpel durchaus individuell und an jede*n Leser*in gerichtet. Schließlich kann es immer nur die Aufgabe eines einzelnen Menschen sein, sein individuelles Denken, Fühlen und Handeln den aktuellen Erfordernissen entsprechend auszurichten. Das gehört nämlich auch zu den wichtigen Änderungen für eine bessere Zukunft.

Die Autorin erläutert, warum unser vermeintlich monolithisches und unveränderbares Wirtschaftssystem aktuell auf dem Prüfstand steht. Das tut sie in unterschiedlichen thematischen Zusammenhängen, so dass Leser*innen verstehen, warum etliche Zeitgenossen die Ökonomie wie ein „Goldenes Kalb“ anbeten. In ihrer neoliberalen Ausprägung zerstört die Wirtschaft jedoch das Dasein auf unserem begrenzten Planeten, wie im Übrigen auch die Natur und das Leben selber! Deshalb erklärt die Autorin in einzelnen Kapiteln, was genau aus welchen Gründen falsch läuft und auf welche Weise wir mit konkreten Veränderungen notwendige Verbesserungen herbeiführen können. Kapitelüberschriften lauten beispielsweise „Mensch und Verhalten“, „Technologischer Fortschritt“, „Konsum“ oder einfach nur „Gerechtigkeit“.



Offenbar sind Menschen in modernen Gesellschaften nicht von dem Traum abzubringen, dass Wachstum irgendwann doch noch von Ressourcenverbrauch abgekoppelt werden könnte. Das wird jedoch niemals eintreten, weil selbst nachhaltiges Wachstum zu Rebound- bzw. Rückkopplungseffekten führt, die das Erreichen des ursprünglichen Zieles verunmöglichen; alles ausführlich und sehr verständlich von Maja Göpel beschrieben! Das Buch darf daher als Plädoyer für einen neuen Menschen gelesen werden, der sich mit der Problematik unserer Zeit bewusst auseinandersetzt. Bis heute wird in den Wirtschaftswissenschaften noch immer vom „homo oeconomicus“ ausgegangen, der mit seinem individuellen Konsum auch dazu beiträgt, das Allgemeinwohl zu sichern. In den Worten Göpels muss diese falsche Vorstellung jedoch bestimmt ad absurdum geführt werden, denn Zitat:

„Materielle und soziale beziehungsweise umweltorientierte Werte verhalten sich den materialistischen Werten gegenüber wie auf einer Wippe. Wenn die einen zunehmen, nehmen die anderen ab. Wenn die homo-oeconomicus-Perspektive Kultur und Struktur dominiert, dreht sich alles um Status, Macht und Geld. Gleichzeitig schwinden Mitgefühl, Großzügigkeit und Umweltbewusstsein, und die Frage nach dem Genug und dem Wohlergehen des Ganzen wird aus Theorie und Weltanschauung getilgt. Und wenn das Wir im Ich immer kleiner wird, entsteht auch ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die Werte-Wippe funktioniert aber auch in die andere Richtung. Sobald die sozialen und ökologischen Werte höher im Kurs stehen, sinkt die Wichtigkeit der materiellen Werte. Wir brauchen einen kategorischen Imperativ in Zeiten des Klimawandels: Konsumiere so, wie Du wünschen würdest, dass alle es tun!“ (S. 133/134)

Aus: Göpel, Maja: Unsere Welt neu denken. Eine Einladung. Berlin: Ullstein 2020

Flaggentag der Mayors for Peace

Am 8. Juli begehen die Mayors for Peace jedes Jahr den **Flaggentag** und hissen weltweit die Fahne gegen Atomwaffen. 1982 vom Bürgermeister von Hiroshima gegründet sind heute 7800 Kommunen Mitglied dieser Vereinigung, 678 in Deutschland. Bis heute gibt es 15 000 Atomsprengköpfe! Ausreichend für einen vielfachen Overkill der Menschheit!



Milliarden, die in Forschung, Produktion, Bereitstellung und Entsorgung von Atomwaffen gebunden sind, werden dringend für zivile Konfliktlösung, Krisenprävention und Klimaschutz benötigt. Zentrale Forderungen sind:

- **Unterzeichnung des UN-Atomwaffen-Verbotsvertrages**
- **Abzug aller US-Atomwaffen aus Büchel/Eifel**
- **Beendigung der nuklearen Teilhabe**
- **kein Kauf von atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen**
- **kein Geld für völkerrechtswidrige Massenvernichtungswaffen.**

Wir machen mit Veranstaltungen am 8. Juli in Lindau, am 6. August in Überlingen und am 9. August in Radolfzell auf diese Themen aufmerksam. Weitere Informationen unter www.friedensregion-bodensee.de/aktuelles

NEIN zur Atomwaffen-Abschreckungsstrategie!
NEIN zu völkerrechtswidrigen Atomwaffen

AUSSERDEM:

Schweigen für den Frieden

- immer montags um 18:00 Uhr für 30 Minuten am Susobrunnen auf der **Hofstatt in Überlingen**: am **22. + 29. Juni** und am **06.(voraussichtlich) + 20. Juli**

Die **monatlichen Sitzungen des AK Friedensregion** im PGH in Überlingen werden voraussichtlich **ab 13.Juli** wieder stattfinden können.

Links

Das Thema GELD hängt unmittelbar mit den Themen Aufrüstung und Waffenindustrie zusammen. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, die systemische Verbindung unterschiedlicher Themenbereiche darzustellen und zu verdeutlichen. Das ist unbedingt notwendig um zu zeigen, woraus keinesfalls der Frieden resultieren wird. Die Linksammlung dieses Newsletters spiegelt den breit gefächerten Ansatz wider. Zunächst eine gute Einführung in das Thema Frieden:

<https://m.bpb.de/mediathek/254312/was-ist-frieden>

Die Überwindung der aktuellen Corona-Pandemie bedarf außer den offiziellen (wirtschafts-)politischen Entscheidungen insbesondere auch eines ethisch-moralischen Umdenkens, worauf die beiden folgenden Links näher eingehen:

<https://www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de/de/Interview-mit-Prof-Dr-Markus-Gabriel-1984.html> (warum naturwissenschaftlich-technologischer Fortschritt nicht gleichbedeutend mit moralisch humanistischem Fortschritt sein kann)

<https://www.uni-bonn.de/neues/201ewir-brauchen-eine-metaphysische-pandemie201c> (Sinn und Zweck einer notwendigen „metaphysischen“ Pandemie)

Wie die amerikanischen Proteste aktuell zeigen, sind Afro-Amerikaner*innen wegen der ungleichen Einkommensverhältnisse und dem daraus resultierenden erschwerten Zugang zum Gesundheitssystem in der SARS-CoV-2-Krise besonders benachteiligt! Doch die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ist auch in der EU von zunehmend wichtiger Bedeutung:

https://m.youtube.com/watch?v=8WderB3_kuA&list=PLpNi0Wmi7L80UMjx1-JbgN9CIINT_4j_7&index=4 (Ökonom Th. Piketty über die Schere zwischen Arm und Reich: 10% der Weltbevölkerung besitzen 80% des Vermögens, so dass das reichste Prozent der Menschheit mehr als die Hälfte des verfügbaren Geldes und anderer Werte besitzt)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-das-wird-ein-zangenangriff-auf-deutschlands-wohlstand-a-eaf27caa-342d-4aca-bcb1-e84b15ca5a2d> (durch Corona wird sich die Einkommensverteilung auch in Deutschland ändern)

<https://www.infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/Verschuldung--durch-Corona-Es-ist-genug-Geld-da--leider#> (warum die durch Covid-19 bedingte Verschuldung auf Dauer ein Problem ist)

<https://www.heise.de/tp/features/Die-Malthus-Zombies-3546932.html> (warum nicht die Überbevölkerung in vielen südlichen Ländern sondern der übermäßige Konsum der „westlichen Welt“ das drängendste Problem darstellt)

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-kommissarin-johansson-migrationspakt-fluechtlinge-100.html> (um die Flüchtlingsproblematik zu lösen, braucht die EU einen flexiblen Migrationspakt)

Auch in der katholischen Kirche wird der Streit zwischen Traditionalisten und echten Systemkritikern – zu denen Papst Franziskus zählt – zunehmend sichtbar. „Christen bauen keine Waffen!“, so der Papst, für dessen Friedensbemühungen wir uns durchaus auch interessieren dürfen.

https://www.heise.de/tp/features/Der-Corona-Kardinal-und-die-katholische-Militaerministerin-4722681.html?seite=all&fbclid=IwAR1exDWuF-w9-T9iNG7V2j0NS28w9-hDo_MBA4OhO3dH3e5qx4KZqgROF_g

Impressum

Der Newsletter der Friedensregion Bodensee e.V. wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V., Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese, Altmannweg 8, 88079 Kressbronn
Mail: friedensregion-bodensee@posteo.de Telefon: 07543/547343

Internet: <https://www.friedensregion-bodensee.de/>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen. Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.